

„Start ins Schuljahr 2022/23 – Ungewissheit im Klassenraum“

**Bildungs-Pressegespräch der CDU-Landtagsfraktion
zum Ende der Sommerferien**

**mit der Obfrau der CDU-Landtagsfraktion im Bildungsausschuss,
Jenny Groß, und dem Fraktionsvorsitzenden,
Christian Baldauf, am**

Dienstag, 30. August 2022, 10 Uhr

Eine Presseinformation der
CDU-Fraktion im
Landtag Rheinland-Pfalz

V.i.s.d.P.:
Leiter Pressestelle
Olaf Quandt

CDU-Fraktion im Landtag
Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz

Tel. 0 61 31 - 208 33 15
Fax 0 61 31 - 208 43 15

olaf.quandt@cdu.landtag.rlp.de

1) Start ins Schuljahr 2022/23 – Ungewissheit im Klassenraum

Wenn in Rheinland-Pfalz nächste Woche das neue Schuljahr startet und auch viele Kitas wieder öffnen, herrscht große **Ungewissheit in Klassen- und Kita-Räumen**, wie sich die Corona-Situation an Bildungseinrichtungen im Land entwickelt; was in Herbst und Winter passiert, sollten die Infektionszahlen wieder steigen.

Bei Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern herrscht auch im 3. Corona-Schuljahr **Unsicherheit** – sie fühlen sich **von der Landesregierung im Stich gelassen**. Gleiches beklagen viele Beschäftigte in rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten.

Zum Schul- und Kita-Start bleiben die **Corona-Herausforderungen** erhalten. Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern müssen bestmöglich vorbereitet sein und sich u.U. auf **coronabedingte Schutzmaßnahmen einstellen**.

Diese Vorbereitungen erstrecken sich sowohl auf die **gesundheitliche Vorsorge** wie auch auf die Schaffung der **digitalen Voraussetzungen** für Lehrkräfte und Schülerschaft. Darüber hinaus ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Kinder sehr unterschiedlich mit der Situation in den vergangenen beiden Jahren zurechtgekommen sind. Teilweise gibt es große Lernrückstände, die **Bildungsschere** hat sich weiter geöffnet. Viele Kinder tragen aber auch psychisch und emotional schwer an den Erlebnissen während der Corona-Zeit.

Wie kritisch es um die Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz steht belegt auch der jüngste **Bildungsmonitor**, den das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, im Auftrag der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)“ seit 2004 jährlich erstellt. Die Vergleichsstudie kommt zu dem Ergebnis, dass Rheinland-Pfalz immer weiter abrutscht. Dieses Jahr landet **Rheinland-Pfalz auf Platz 12** im Vergleich der 16 Bundesländer.

2) Pandemische Lage beobachten – Infektionsschutz ja, aber Fokus auf Unterricht und Betreuung

Das neue Infektionsschutzgesetz wirft viele Fragen für mögliche Schutzmaßnahmen an den Schulen und Kitas auf, deshalb hat die CDU-Landtagsfraktion eigene Rahmenbedingungen formuliert:

- **Präventionswochen:** Schulen und Kitas starten mit zwei Präventionswochen. Das bedeutet: am ersten Schultag kommen alle Schülerinnen und Schüler mit Maske zur Schule und führen einen Antigen-Selbsttest in der Schule durch. Kindergartenkinder starten mit einer Lolli-Testung. Am ersten Schultag bekommen die Schülerinnen und

Schüler bzw. die Kita-Eltern fünf weitere Selbsttest zur Mitnahme nach Hause um sich bis zum Ende der Präventionszeit noch zwei- bzw. dreimal pro Woche testen zu können (montags, mittwochs und freitags).

- **Tests:** Vorbehaltlich der Entwicklung der pandemischen Lage werden nach den Präventionswochen zwei Tests pro Woche zur freiwilligen anlassbezogenen Testung zur Verfügung gestellt. Testungen in der Schule werden nur durchgeführt, wenn bei Schülerinnen und Schülern, die am selben Tag noch nicht getestet wurden, offenkundig typische Symptome einer Atemwegserkrankung vorliegen. Für ausreichende Test-Kits muss das Land sorgen.
- **Masken:** In den Klassen und sonstigen Innenräumen der Schulen empfehlen wir dringend das Tragen von Masken – das gilt für alle Schultypen und hat folgenden Hintergrund: Es kann nicht sein, dass das Förderprogramm für zusätzliche Busse zum Ende des letzten Schuljahres auslief und die Kinder nun gezwungen sind, wieder enger in den Bussen zu stehen – selbst wenn sie laut Empfehlung der Regierung Maske tragen sollen. Zudem sollen Grundschulkinder aber von der Maskenpflicht im Unterricht ausgenommen sein. Wir fragen uns, wie das zusammenpasst? Mit Beginn des neuen Schuljahres im September sollen die so genannten Verstärkerbusse im Schülerverkehr weiter eingesetzt werden, fordert die CDU-Landtagsfraktion.
- **Lüften, Raumfiltergeräte und CO₂-Messgeräte:** Um die Risiken einer Ansteckung durch Aerosole zu verringern, ist nach wie vor eine regelmäßige gute Durchlüftung der Räume von großer Bedeutung. In Räumen, die nicht entsprechend zu belüften sind, können bauliche Maßnahmen, aber auch die Einrichtung einer technischen Lüftung oder die Aufstellung von Luftreinigungsgeräten zur Verbesserung der Lüftungssituation beitragen. Die Landesregierung muss die Schul- und Kitaträger bei der Anschaffung und Umsetzung unterstützen (→ Hinweis: Im Rahmen des Förderprogramms „Mobile Luftreiniger 2021“ stellte der Bund den Ländern 200 Millionen Euro für die Anschaffung von Luftfiltern zur Verfügung. Rheinland-Pfalz bekam 9,6 Millionen Euro aus dem Bundesprogramm, abgerufen wurden jedoch nur rund 488 000 Euro.)

3) Weitere Maßnahmen:

- **Digitalisierung:** Die Landesregierung muss sicherstellen, dass alle Lehrkräfte und die Schülerschaft zu Beginn des neuen Schuljahres mit **digitalen Endgeräten** ausgestattet sind. Entsprechende Online-Unterrichtssysteme und Lernplattformen sind für den digitalen Unterricht essentiell und müssen datenschutzkonform, aber vor allem verlässlich genutzt werden können. Die landeseigenen Programme „BigBlueButton“ und „Moodle“ entsprechend nicht den Anforderungen der Schüler und Lehr

kräfte, daher muss umgehend eine Kooperation mit Microsoft für MS Teams eingegangen werden – dieses System hat sich im Vergleich zu den landeseigenen Systemen bewährt.

- **Personal:** Die **personellen Ressourcen** mit ausgebildeten Lehrkräften müssen aufgestockt werden, um gezielt in kleineren Klassen und Intensivgruppen Lerndefizite aufzuarbeiten und mittelfristig eine **105-prozentige Unterrichtsversorgung** in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen, die auch den Mehrbedarf an Lehrpersonal für den Unterricht gewährleistet.

Die Lehrkräfte müssen auch für den digitalen Unterricht entsprechend geschult und die Fortbildungsangebote flächendeckender angeboten werden.

- In Bezug auf die Lerndefizite spricht sich die CDU-Landtagsfraktion dafür aus, das **Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ auch im kommenden Schuljahr weiterzuführen**. Lernrückstände, gerade in den Bereichen Deutsch und Mathematik, sind nicht von heute auf morgen aufgeholt; die langen Wochen der Schulschließungen haben entsprechende Lücken gerissen und den Kindern muss nun die Möglichkeit gegeben werden, diese in dem jeweils eigenen Tempo aufzuholen – unabhängig von dem Schuljahr und ohne Druck im Sinne des Auslaufens des Förderprogrammes.

- **Schulsozialarbeit / Schulpsychologie:** Nicht zuletzt müssen die **psychische Gesundheit** und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen besser unterstützt werden. Wir schließen und daher den Empfehlungen der Leopoldina an, dass die **Schulsozialarbeit** und psychische Prävention in Schulen und Kindergärten nachhaltig gestärkt werden müssen. Außerdem müssen die Angebote zur Behandlung psychischer Probleme ausgeweitet werden, die vor der Pandemie schon kaum ausgereicht haben. **Schule benötigt Schulsozialarbeit**. Politik, Verwaltung, Lehrerverbände und Eltern fordern dies seit langer Zeit einhellig. Eine ausreichende und qualifizierte Schulsozialarbeit in allen Schulen ist unerlässlich – sowohl reaktiv, als auch präventiv. Findet sie nicht statt, werden Gesellschaft und Individuen nachhaltig geschädigt, auch finanziell.

Hintergrund: *Wir werden einen Gesetzentwurf einbringen, der Schulsozialarbeit gesetzlich verankert und die Mindestanforderungen und Rahmenbedingungen genau festlegt. Schulsozialarbeit muss es verlässlich an allen Schulen geben, auch Schüler an Gymnasien und Grundschulen weisen immer öfter den Bedarf auf. Zudem soll 1 Schulsozialarbeiter (Vollzeitäquivalent) für 500 Schülerinnen und Schüler zuständig sein, aktuell betreut 1 Schulsozialarbeiter im Land 1000 Schülerinnen und Schüler. Dieses Ziel führt zu einer Steigerung der Gesamtausgaben für Schulsozialarbeit in Rheinland-Pfalz von derzeit rund 30*

Millionen Euro auf rund 60 Millionen Euro. Dies erfordert beim Land eine Aufstockung von rund 20 Millionen. Bei den Kommunen sind es 12,4 Millionen Euro – damit nivelliert es sich zwischen Land und Kommunen.

4) Sprachförderung an Kindertagesstätten und Grundschulen

Es liegt auf der Hand, dass derjenige, der nicht richtig **lesen und schreiben** kann, erhebliche Probleme auf seinem Bildungs- und Berufsweg bekommt. Gute deutsche **Sprachkenntnisse sind die entscheidende Voraussetzung für Bildungserfolg**. Was Kinder in den **Kita- und Grundschuljahren** versäumen, lässt sich später nur schwer aufholen. Deshalb gilt es, bereits **möglichst früh Defizite zu erkennen und gegenzusteuern**.

Inkonsequent ist die Landesregierung im Bereich der **Sprach-Kitas**. Nachdem die Bundesregierung den Wählern die Fortführung des Programmes vor der Wahl versprochen und sogar im Koalitionsvertrag festgelegt hatte, werden jetzt die Programme bzw. die Förderung gestoppt. **Die Ampel im Bund hält ihre Versprechen nicht und die Ampel im Land tut nichts, um den Schaden abzuwenden**. Nein, das Kita-Zukunftsgesetz reicht alleine nicht aus, um Sprachförderung in den Kindertagesstätten und Kindergärten zu betreiben. **Wir fordern die Landesregierung dazu auf, bei der Bundesregierung zu erwirken, dass Programm „Sprach-Kitas“ weiterzuführen oder zumindest ein landeseigenes Programm auf die Beine zu stellen**.

Auch muss sich die **Sprachförderung in Grundschulen nach dem tatsächlichen Förderbedarf der Kinder richten**. Wir fordern ein **klares Konzept für die Sprachförderung sowie flächendeckende Maßnahmen**, denn **Bildungssprachliche Kompetenzen** in der deutschen Sprache sind für alle Schülerinnen und Schüler eine wesentliche Voraussetzung zum Lernen und für den Schulerfolg. Sie haben daher eine herausragende Bedeutung bei der Verbesserung der Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Unverzichtbare Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen werden in den ersten Schuljahren vermittelt.

Zunehmend häufiger beklagen Lehrkräfte der Grundschulen, dass Kinder bei ihrer Einschulung grundlegende Defizite aufweisen, die sich als echte Hürde beim Schulstart erweisen. Am alarmierendsten ist der Teilbereich der Kategorie „Sprache“. **Der Sprachstand muss schon im Kindergarten erhoben werden** – gerne auch alltagsintegriert, wenn es ausreichend Personal in den Kitas dafür gibt. Das ist die Voraussetzung für gezielte Hilfsmaßnahmen - auch an den Grundschulen. Die CDU-Landtagsfraktion hat mit ihren Initiativen zur **Deutschoffensive, Sprachförderung und für mehr Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer** bereits die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Wir rufen dazu auf, dass die Landesregierung sich dem anschließt und wieder für regelmäßige Untersuchungen vor der Einschulung Sorge trägt (sog. **Schuleingangsuntersuchungen**) - dafür bedarf es keines Forschungsprojektes.

